

#PRESSEMITTEILUNG 02. September 2015

Zweifel an Vorschlägen der Minister zur Terrorabwehr im Zugverkehr

Die Vorsitzenden der vier deutschsprachigen Eisenbahngewerkschaften in Europa (vida, SEV, FNCTTFEL und EVG) haben die Vorschläge der EU-Minister nach dem vereitelten Terroranschlag in einem Thalys als "dürftig" und "wenig hilfreich" kritisiert. "Das, was an Verschärfung an Kontrollen diskutiert wurde, geht weitgehend an der Lebenswirklichkeit vorbei", machten Roman Hebenstreit, (Vorsitzender Fachbereich Eisenbahn der vida, Österreich), Giorgio Tuti, (Vorsitzender der Schweizer Gewerkschaft SEV), Jean-Claude Thümmel, (Vorsitzender Luxemburger Gewerkschaft FNCTTFEL) und Alexander Kirchner, (Vorsitzender der EVG, Deutschland) sowie Guy Greivelding, Vorsitzender Sektion Eisenbahn der Europäischen Transportarbeiterföderation (ETF), auf einem gemeinsamen Treffen deutlich.

Die Vorsitzenden der vier deutschsprachigen Eisenbahngewerkschaften in Europa (vida, SEV, FNCTTFEL und EVG) haben die Vorschläge der EU-Minister nach dem vereitelten Terroranschlag in einem Thalys als "dürftig" und "wenig hilfreich" kritisiert. "Das, was an Verschärfung an Kontrollen diskutiert wurde, geht weitgehend an der Lebenswirklichkeit vorbei", machten Roman Hebenstreit, (Vorsitzender Fachbereich Eisenbahn der vida, Österreich), Giorgio Tuti, (Vorsitzender der Schweizer Gewerkschaft SEV), Jean-Claude Thümmel, (Vorsitzender Luxemburger Gewerkschaft FNCTTFEL) und Alexander Kirchner, (Vorsitzender der EVG, Deutschland) sowie Guy Greivelding, Vorsitzender Sektion Eisenbahn der Europäischen Transportarbeiterföderation (ETF), auf einem gemeinsamen Treffen deutlich.

"Es ist bedauerlich, dass die berechtigten Anliegen unserer Kolleginnen und Kollegen in den Zügen und im Servicebereich von den Verantwortlichen bislang weitgehend ignoriert wurden. Nach dem Zwischenfall im Thalys

werden jedoch plötzlich eine stärkere Präsenz von Ordnungskräften und verstärkte Kontrollen gefordert", kritisierte Alexander Kirchner (EVG). Die späte Einsicht der Ministerrunde wirkt wie ein Schlag ins Gesicht all derer, die in ihrem beruflichen Alltag tagtäglich mit schwierigen Situationen zu tun haben, ohne dass dagegen wirksame Maßnahmen, insbesondere höherer Personaleinsatz, ergriffen würden.

Alle vier Gewerkschaften setzen sich schon seit langem dafür ein, dass durch eine möglichst hohe Zahl an qualifizierten Mitarbeitern Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Verkehr auch weiterhin gewährleistet sein.

"Dazu gehört nach unserer Auffassung auch der zielgerichtete Einsatz von gut ausgebildetem Personal", machte Giorgio Tuti (SEV) deutlich. Alle vier Gewerkschaftsvertreter sprachen sich mit Nachdruck dafür aus, den Einsatz von Leiharbeitern im sicherheitsrelevanten Bereich so schnell wie möglich zu verbieten. "Wir brauchen klare Verantwortlichkeiten und ausschließlich qualifizierte Fachkräfte, die - aufgrund ihrer Ausbildung - auch schon präventiv tätig werden können", so Roman Hebenstreit (vda).

Gleichzeitig forderten die Gewerkschafter einheitliche Standards bei der Ausbildung und weiteren beruflichen Qualifikation von sicherheitsrelevantem Personal. "Wir wollen, dass einheitlich qualifiziertes Personal zum Einsatz kommt", machte Jean-Claude Thümmel (FNCTTFEL) deutlich. So seien etwa die Tätigkeiten und die damit verbundenen Anforderungen eines Zugbegleiters mittlerweile so anspruchsvoll, dass eine einheitliche Qualifikation auf höchstem Niveau sowie damit verbundene Prüfungen unumgänglich sind. Vor diesem Hintergrund sei die Festlegung einheitlicher Ausbildungs- und Prüfungsinhalte eine zentrale Forderung der Gewerkschaftsvorsitzenden.

"In diesem Zusammenhang brauchen wir dringend ein gemeinsames Grundverständnis im Hinblick auf die Mindestbesetzung und den Personaleinsatz auf Zügen sowie eine europaweit einheitliche Definition der sicherheitsrelevanten Berufe. In der Luftfahrt ist dies längst umfassend geregelt", machte Guy Greivelding, Vorsitzender Sektion Eisenbahn der ETF, deutlich.

Die Gewerkschafter fordern die europäischen Verkehrsminister auf, hierzu bei ihrer Ratssitzung am 8. Oktober in Luxemburg klar Position zu beziehen.